

## **Das will DIE LINKE**

100 wichtige Programmpunkte und Initiativen der Fraktion DIE LINKE im Bundestag

### **Internationales**

- Krieg ist kein Mittel der Politik.
- Das Völkerrecht ist Grundlage der deutschen Außenpolitik.
- Die Bundeswehr bleibt Parlamentsarmee.
- Die Bundeswehr wird aus Afghanistan abgezogen.
- Die indirekte Beteiligung Deutschlands am Irakkrieg wird beendet.
- Der internationale Kapitalverkehr wird reguliert.
- Die Wechselkurse werden stabilisiert.
- Die Tobin-Steuer wird erhoben.
- Steueroasen werden ausgetrocknet.
- Eine global wirkende Kartellbehörde setzt den multinationalen Konzernen Schranken.
- Entwicklungsländer können Schutzzölle erheben.

### **Europa**

- Das Ratifizierungsverfahren zum Vertrag von Lissabon wird ausgesetzt.
- Die Bürgerinnen und Bürger entscheiden in einem europaweiten Referendum über den EU-Vertrag.
- Volksentscheide über die vertraglichen Grundlagen der EU werden grundgesetzlich verankert.
- In Europa werden soziale Mindeststandards eingeführt.
- Steuer- und Lohndumping werden durch eine produktivitätsgerechte und inflationsausgleichende Lohnentwicklung, Mindestlöhne und steuerliche Mindestsätze unterbunden.
- Der Stabilitätspakt wird reformiert.
- Die Europäische Zentralbank wird auf Wachstum und Beschäftigung verpflichtet.
- Die Stationierung neuer Raketen in Europa wird abgelehnt.

### **Deutschland**

- Die Politik wird darauf gerichtet, dass die Bruttolöhne wieder dem Produktivitätszuwachs plus der Preissteigerung folgen.
- Ein gesetzlicher Mindestlohn von mindestens 8,44 Euro wie in Frankreich wird durchgesetzt.
- Ein-Euro-Jobs werden in öffentlich geförderte, sozialversicherungspflichtige Beschäftigung umgewandelt.
- Aktienoptionen zur Managerentlohnung werden verboten.
- Eine Managerhaftung wird eingeführt.
- Managergehälter werden auf das 20-fache des Gehalts eines sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der untersten Lohn- und Gehaltsgruppe begrenzt.
- Die gesetzliche Rente wird zu einer Erwerbstätigenrente ausgebaut.
- Die Dämpfungsfaktoren in der Rente werden zurückgenommen und die bewährte Rentenformel in Kraft gesetzt.
- Der Solidarausgleich in der Rente für Versicherte mit unterbrochenen Erwerbsbiographien und geringen Einkommen wird gestärkt.
- Die Lebensstandardsicherung in der gesetzlichen Rente wird wieder eingeführt.
- Die Rente mit 67 wird zurückgenommen.
- Die Zwangsverrentung von älteren Menschen, die Hartz IV bekommen, wird beendet.
- Die Ostrenten werden auf das Niveau der Westrenten angehoben.

- Das Versorgungsrecht bei den Zusatz- und Sonderversorgungen der DDR wird beseitigt.
- Der Kündigungsschutz wird ausgebaut.
- Die Paritätische Mitbestimmung in Unternehmen, die aufgrund ihrer Umsätze oder Beschäftigtenzahlen erhebliche regionale oder bundespolitische Bedeutung haben, wird durchgesetzt.
- Die Belegschaft wird am Zuwachs des Produktivvermögens beteiligt.
- Bei Unternehmensentscheidungen von grundsätzlicher Bedeutung werden Belegschaftsabstimmungen durchgeführt.
- Massenentlassungen bei gleichzeitig hohen Gewinnen werden genehmigungspflichtig.
- Öffentliche Aufträge werden nur noch an Unternehmen vergeben, die Tarifverträge einhalten und Mindestlöhne zahlen.
- Öffentliche Fördergelder werden als Unternehmensbeteiligungen vergeben.
- Die Leiharbeit wird eingeschränkt und so geregelt, dass gleicher Lohn für gleiche Arbeit bezahlt werden muss.
- Das Recht auf den politischen Streik wird eingeführt.
- Die bis 1986 geltende Rechtslage wird wiederhergestellt, nach der bei »kalten Aussperrungen« Kurzarbeitergeld gezahlt wird (Streikparagraf).
- Zum Ausgleich behinderungsbedingter Nachteile im Beruf werden gesetzliche Regelungen getroffen.
- Die Zwei-Klassenmedizin wird durch die Einführung einer solidarischen Bürgerinnen- und Bürgerversicherung, in die alle Berufsgruppen einzahlen, abgelöst.
- Die Praxisgebühr wird zurückgenommen.
- Versicherte mit geringem Einkommen werden im Rahmen der Härtefallregelung vollständig von Zuzahlungen befreit.
- Eine humane und solidarische Pflegeversicherung wird eingeführt.
- Eine bedarfsorientierte, armutsfeste Kindergrundsicherung wird gesetzlich garantiert.
- Kinder erhalten mindestens das Existenzminimum von monatlich 420 Euro.
- Die Kinderbetreuung wird ausgebaut.
- Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird verbessert. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erhalten das Recht, nach der Elternzeit auf den gleichen oder einen gleichwertigen Arbeitsplatz zurückzukehren.
- Kommerzialisierungstendenzen im Schulwesen werden gestoppt.
- Die Chancengleichheit im Bildungswesen wird gestärkt.
- Die Studienfinanzierung wird ausgebaut, soziale Hürden werden abgebaut.
- Das Studium ist gebührenfrei.
- Die Ausgaben für Bildung, Forschung und Entwicklung werden mindestens auf das Niveau des europäischen Durchschnitts angehoben.
- Der Missbrauch von Praktikantenstellen als Mittel zum Lohndumping wird untersagt.
- Die Abschreibungsmöglichkeiten für Unternehmen werden durch die Wiedereinführung der degressiven Abschreibung verbessert.
- Kleinst- und Kleinbetriebe mit bis zu 30.000 Euro Gewerbeertrag werden von den IHK-Beiträgen befreit.
- Das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen wird verschärft; dem Bundesminister für Wirtschaft und Technologie wird ermöglicht, vom Bundeskartellamt genehmigte Zusammenschlüsse von Unternehmen zu untersagen.
- Die Zulassung von Hedgefonds in Deutschland wird aufgehoben.
- Zweckgesellschaften werden verboten.

- Der »Schrotthandel« mit Forderungen (Verbriefungen) wird untersagt.
- Die öffentliche Investitionsquote wird mindestens auf das Niveau des europäischen Durchschnitts angehoben.
- Die Strom- und Gasnetze werden in die öffentliche Hand übernommen, Strompreise werden staatlich reguliert.
- Die Energieversorgung wird wieder rekommunalisiert.
- Heizkosten-Zuschüsse für einkommensschwache Privathaushalte werden ermöglicht.
- Der Einkommenssteuertarif wird gerecht gestaltet, Steuerentlastungen für geringe und mittlere Einkommen und kleine und mittlere Betriebe werden durchgesetzt.
- Die deutsche Steuer- und Abgabenquote wird auf das Niveau des europäischen Durchschnitts angehoben.
- Deutsche Staatsangehörige werden unabhängig von ihrem tatsächlichen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt mit ihrem Einkommen in Deutschland steuerpflichtig.
- Vermögens- und Erbschaftssteuer werden wie in den angelsächsischen Ländern erhoben.
- Der Spitzensteuersatz steigt wieder auf mindestens 50 Prozent und setzt erst bei höheren Einkommen ein.
- Steuerpflichtige mit einem Einkommen von mehr als 500.000 Euro werden regelmäßig geprüft.
- Auslandsverluste können in Deutschland nicht steuermindernd geltend gemacht werden.
- Die Steuerfreiheit von Veräußerungsgewinnen wird aufgehoben.
- Eine Börsenumsatzsteuer von einem Prozent auf alle Börsenumsätze wird erhoben.
- Die Pendlerpauschale gilt ab dem ersten Kilometer.
- Die Eigenheimzulage wird wieder eingeführt.
- Der Regelsatz für Hartz IV wird auf monatlich 435 Euro festgesetzt.
- Das Schonvermögen wird deutlich angehoben.
- Die Zumutbarkeitskriterien werden abgeschafft.
- Die Höhe und Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes wird neu geregelt.
- Die kostenpflichtige Service-Telefonnummer der Bundesagentur für Arbeit wird durch eine gebührenfreie Rufnummer ersetzt.
- Das Recht auf ein Girokonto für Jedermann wird durchgesetzt.
- Der Umstieg auf den öffentlichen Verkehr wird gefördert, Sozialtickets werden eingeführt.
- Der Benzinpreisanstieg wird sozial abgefedert.
- Der Bußgeldkatalog für den Straßenverkehr wird nach Höhe der Einkommen gestaffelt.
- Die Bahn bleibt im öffentlichen Eigentum.
- Ein Tempolimit von 130 Stundenkilometern auf Autobahnen wird eingeführt.
- Volksbegehren und Volksentscheide ermöglichen es Bürgerinnen und Bürgern, im Bund, Ländern und Kommunen über politische Richtungsentscheidungen mit zu entscheiden.
- Der Rechtsextremismus wird bekämpft, die Beratungsstellen erhalten mehr Geld.
- Die Rechte von Migrantinnen und Migranten werden geschützt, sie nehmen gleichberechtigt am gesellschaftlichen und politischen Leben teil.
- Staatliche Bürgschaften für Rüstungsexporte werden abgeschafft.
- Rüstungsexporte in Spannungsgebiete werden verboten.
- Abgeordnetenbestechung wird wie in anderen Ländern bestraft.

- Mitglieder des Sachverständigenrates werden dazu verpflichtet, Tätigkeiten und Einkünfte offenzulegen.
- Die Gewalt an Frauen wird durch eine strengere Gesetzgebung bekämpft.
- Die Gleichstellung von Frau und Mann in allen Bereichen des politischen, sozialen und wirtschaftlichen Lebens wird gefördert.
- In der Klima- und Umweltpolitik nimmt Deutschland eine Vorreiterrolle ein; der Treibhausgasausstoß wird bis 2020 um 40 Prozent reduziert.

Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag  
Redaktionsschluss: 20. Mai 2008